

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kein Baubeginn des Space Park vor erfolgter Notifizierung des Space Center durch die EU-Kommission

Die Debatte um den Space Park als Urban Entertainment Center mit „Shopping Mall“ und dem Infotainmentangebot „Space Center“ ist kontrovers geführt worden. Risiken und Chancen wurden sehr unterschiedlich bewertet, die Gefahren für den örtlichen Einzelhandel wiederholt in die Diskussion eingebracht.

Die Realisierung des Space Park wurde aus stadtentwicklungspolitischen und aus haushaltspolitischen Gründen kritisiert, da die Realisierung des Space Park zu neuen Kreditaufnahmen und zu einer weiteren Verschuldung des öffentlichen Haushalts führt.

Der Space Park zählt jedoch zu den Vorrangprojekten der Großen Koalition.

Der Baubeginn ist für den 30. Juni 2000 geplant.

Bisher sind öffentliche Beihilfen für das Space Center, die in die Finanzierung des Space Park eingeplant sind, von der EU-Kommission in Brüssel noch nicht bewilligt worden.

Die ungünstigste Entwicklung wäre, käme es nur zu einer Realisierung der Shopping Mall ohne das Space Center, das der Publikumsmagnet sein soll. Denn dann wäre die denkbar größte Konkurrenzsituation für den örtlichen Einzelhandel geschaffen.

Auch der Senat hat in einer Antwort auf eine Frage von Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Mai festgestellt, dass der Space Park ohne Realisierung des Space Center eine Konkurrenz für den örtlichen Einzelhandel darstellen würde.

Daher muss sichergestellt werden, dass die Shopping Mall im Space Park nicht ohne das Space Center realisiert wird.

Der Bau des Space Park darf nicht begonnen werden, solange es keine Notifizierung aus Brüssel gibt.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft stellt fest, dass es keinen Baubeginn des Space Park gibt, solange nicht die positive Genehmigung der EU-Kommission für die Beihilfen für das Space Center vorliegt.

Dr. Helga Trüpel, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen